

Erklärung der Ratsmitglieder der Liste Zukunft e.V. zur Abstimmung des Gemeinderats Maring-Noviand über die 2. Teilfortschreibung des FNP zur Ausweisung eines interkommunalen Gewerbegebietes in der Ortsgemeinde Maring-Noviand

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Beigeordnete, sehr geehrte Ratskollegen, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer,

heute beschäftigt sich der Gemeinderat Maring-Noviand zum zweiten mal innerhalb weniger Monate mit der Ausweisung eines interkommunalen Gewerbegebiets. Wir, die Ratsmitglieder der Liste Zukunft, sprechen uns dafür aus, auf den vorgesehenen Flächen Gewerbe anzusiedeln und die Rahmenbedingungen dafür in einem Bebauungsplan zu schaffen.

Die letztjährige Ratswahl hat ergeben, dass 44,6% der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde hinter uns stehen und um die Chancen wissen, die ein solches Gewerbegebiet für die Gemeinde bietet. Beschlüsse dieses Gremiums gegen das interkommunalen Gewerbegebiet werden in der Außendarstellung als Zeichen der Ablehnung des gesamten Ortes gewertet und suggerieren eine Einstimmigkeit nach außen. Die Realität im Ort ist aber eine andere. In Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern ergibt sich ein sehr heterogenes Bild von Befürwortung bis Ablehnung so wie es auch das Wahlergebnis ausdrückt. Wir sehen es weiterhin als unsere Aufgabe an, die Bürgerinnen und Bürger von den Vorteilen es interkommunalen Gewerbegebiets zu überzeugen und die Umsetzung gemeinsam mit der Verbandsgemeinde voranzutreiben.

Die Entscheidungen im Verbandsgemeinderat sprechen im Gegensatz zum uneinheitlichen Bild in unserer Gemeinde eine eindeutige Sprache. Mit überwältigender Mehrheit von 26 Ja- zu einer Nein-Stimme bei zwei Enthaltungen spricht sich das Gremium für die Ausweisung des interkommunalen Gewerbegebiets aus. Dieses eindeutige Ergebnis hat damit zu tun, dass man sich dort langfristig Gedanken um die Entwicklung der Region macht und die Interessen der Gemeinden bündelt. Die einzelnen Gemeinden der Verbandsgemeinde sprechen sich derzeit ebenfalls in ihren Räten (wie kürzlich Erden, Löslich, Mülheim) reihum für die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes aus.

Der Gedanke hinter der interkommunalen Planung eines großen Gewerbegebietes ist es, nicht nur kleineren Betrieben die Möglichkeit zur Ansiedlung und Entwicklung zu geben, sondern auch dem Bedarf größerer Betriebe gerecht zu werden. In kleinteiligen Gewerbegebieten an den Ortsrändern oder sogar innerhalb der Ortslagen mit nur wenigen tausend Quadratmeter Größe ist dies nicht möglich.

Positive Beispiele in der regionalen Umgebung zeigen, wie wichtig es ist Flächen gebündelt zur Verfügung zu stellen. In größeren Gebieten können ökologische Aspekte besser berücksichtigt werden, da sich die hohen Kosten dafür auf eine größere Anzahl an Betrieben verteilen. Auch die Belastungen durch Verkehr und Emissionen können von den Ortsgemeinden besser ferngehalten werden, da ein größerer Abstand zur Ortslage und den Wohngebäuden besteht, als es bei den bisherigen ortsnahen Gebieten in der Verbandsgemeinde der Fall ist.

Die Erweiterung des Gewerbegebiets Medemland, wie es die Liste Becker derzeit beabsichtigt, wird daher von der Liste Zukunft als kritisch betrachtet. Schon in der Vergangenheit kam es dort bei gewerblichen Aktivitäten zu Klagen wegen Lärmbelästigung aus den angrenzenden Wohngebieten. Zudem können wir uns kaum vorstellen, dass ein Verbandsgemeinderat dem man gerade erst die Ausweisung von Gewerbeflächen verwehrt hat, die Zustimmung dazu geben wird.

Mit einem Nein zum interkommunalen Gewerbegebiet widerspricht man dem hinter der Idee stehenden Solidaritätsgedanken. Die übrigen Gemeinden der Verbandsgemeinde würden zukünftig auf die Neuausweisung von Gewerbeflächen verzichten oder haben bereits Flächen zugunsten des geplanten interkommunalen Gewerbegebiets zurückgegeben. Dies ist nicht allen ansässigen Bürgermeistern recht. Diese sind in der Regel bestrebt, Gewerbe im Ort anzusiedeln und wissen aus eigener Erfahrung, wie wichtig dies für die positive Entwicklung der Gemeinden in finanzieller, demographischer und sozialer Hinsicht ist. Das derzeitige Nein der Ortsgemeinde Maring-Novian hat bereits Hoffnungen auf Ausweisung weiterer Gewerbeflächen in anderen Gemeinden geweckt. Einer Flächenversiegelung wirkt man damit also bilanziell nicht entgegen.

Wie gut sich gemeinsame überörtliche Ideen entwickeln können, zeigt beispielsweise die Energiewelt "Hunsrück-Mosel" in der Verbandsgemeinde, die erst nach großen Diskussionen zustande kam, ähnlich wie es derzeit bei uns im Ort der Fall ist. In der heutigen Sitzung werden wir schwarz auf weiß über die finanziellen Überschüsse des Projekts informiert.

Selbstverständlich sehen wir sowohl beim interkommunalen Gewerbegebiet als auch beim Ausbau der Windenergie, dass positive Entwicklungen immer mit negativen Folgen einhergehen. Beim Windpark sind dies z.B. die Rodungen von Waldflächen für die Errichtung der Windkraftanlagen und in unserem Fall die Umwandlung von landwirtschaftlichen Flächen zu einem Gewerbegebiet. Wer grünen Strom aus Wind befürwortet, nimmt die Rodung von Bäumen in vertretbarem Rahmen in Kauf. Das Dilemma beim interkommunalen Gewerbegebiet lautet, gewerbliche Entwicklung in der Verbandsgemeinde zu ermöglichen, dies aber am Rand nur einer einzigen Gemeinde zu tun, die alle Folgen alleine zu tragen hat. Die bisher noch groben Planungen des interkommunalen Gewerbegebiets geben gute Hinweise darauf, wie wir ökologische und gewerbliche Aspekte in Einklang bringen können - gute und zukunftsfähige Modelle liegen bereits zahlreich vor.

Im Rahmen der Bauleitplanung hätte der Gemeinderat alle Möglichkeiten zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf unseren Ort selbst in der Hand. Wir sehen in unserer Liste zudem die positiven Aspekte eines solchen Gebietes und die Möglichkeiten zur langfristig wirtschaftlich wie demographisch positiven Entwicklung unserer Ortsgemeinde. Von daher unterstützen wir selbstredend die aktuellen Pläne zur Ausweisung neuer Wohnflächen in der Gemeinde und zur Verbesserung der Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Der Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde geht in seiner Gültigkeit über die Legislaturperiode des derzeitigen Gemeinderates hinaus. Daher ist aus unserer Sicht die Ausweisung des interkommunalen Gewerbegebiets nicht gescheitert. Es ist lediglich so, dass die Erstellung eines

konkreten Bebauungsplanes ohne die Zustimmung der Ortsgemeinde derzeit nicht erfolgt. Bei einer mittel- bis langfristigen Planung stellen die vier Jahre bis zur nächsten Wahl allerdings keinen langen Zeithorizont dar. Wir als Liste Zukunft denken hier langfristig adressiert an die Bedürfnisse der aktuellen und nachfolgenden Generationen - wir denken in einem Dreiklang aus wirtschaftlichen und ökologischen sowie auch sozialen Positionen, die es im Sinne der Weiterentwicklung der Ortsgemeinde im Blick zu halten gilt.

Gerne möchten wir als Liste Zukunft in der Ratsarbeit aufeinander zugehen und über Optionen sprechen, wie die auch von der Liste Becker gewünschte Ansiedlung von Gewerbe erreicht werden kann. Dazu drängen sich die mit der Fortschreibung des Flächennutzungsplans geschaffenen Gewerbeflächen geradezu auf. Hier könnten gemeinsam mit Verbandsgemeinde und dem Investor Möglichkeiten der Annäherung gefunden werden, die den Wünschen aller Bürgerinnen und Bürger gerecht werden.

Maring-Novrand, 29.01.2025



Für die Liste Zukunft e.V.
Manuel Brixius